Interfraktioneller Antrag

Stadt Karlsruhe
Der Oberbürgermeister

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
Die LINKE.-Gemeinderatsfraktion
FW|FÜR-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/0564**

Eingang: 17.05.2022

Runder Tisch „Nutzung für die ehemalige Garnisonskirche in Knielingen"
Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Die LINKE., FW|FÜR

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	28.06.2022	18.2	X	
Planungsausschuss	12.01.2023	1.2	X	

1. Die Stadtverwaltung initiiert einen Runden Tisch mit allen Beteiligten und Interessierten mit dem Ziel, eine Nutzung für die derzeit leerstehende ehemalige Garnisonskirche in Knielingen zu finden.
   Hierbei werden auch gemeinschaftliche Nutzungen in Betracht gezogen.
2. Der Runde Tisch wird in Zusammenarbeit mit der Volkswohnung GmbH konzipiert und eingerichtet
3. Die Organisator*innen des Runden Tisches gehen auf bisher und aktuell an dem Gebäude interessierte Gruppen und Personen zu; insbesondere werden das Kulturbüro, der Stadtjugendausschuss e. V., die Teilnehmenden des Knielinger Stadtteilentwicklungsprozesses, der Bürgerverein und die ihm angeschlossenen Vereine aus dem Stadtteil sowie die Teilnehmenden des Ideenwettbewerbes von 2017 eingeladen sowie eine öffentliche Bewerbung der Veranstaltung durchgeführt.

Begründung/Sachverhalt:

Die ehemalige Garnisonskirche im Stadtteil Knielingen 2.0 ist dort eines der letzten Relikte der Bebauung aus der Zeit als Kasernengelände. Sie wurde in den frühen 1950erJahren errichtet und ist mittlerweile in Bezug auf Elektrik, Heizung, Dämmung etc. technisch veraltet.
Für das Gebäude besteht seit 2008 unter Denkmalschutz; es steht seit 2012 ungenutzt leer.
Wegen des bestehenden Denkmalschutzes darf es nicht abgerissen und durch Wohnbebauung ersetzt werden, wie dies der Bebauungsplan zunächst vorsah. Die Volkswohnung beziffert den Sanierungsbedarf, der durch notwendige Schadstoff-Sanierungen und Auflagen wegen des Denkmalschutzes erhöht ist, auf ca. 2,5 Mio. Euro.
Solange keine Nutzung für dieses Gebäude feststeht, wird keine Sanierung erfolgen, denn viele Planungsdetails, wie etwa die Anforderungen an Heizung, Belüftung oder Fluchtwege, sind davon bestimmt, wie viele Personen sich zu welchem Zweck darin aufhalten werden.
Angesichts des bestehenden Raummangels für viele soziokulturelle Einrichtungen wollen die antragstellenden Fraktionen erreichen, dass nach einer Nutzung für dieses Gebäude gesucht wird. Möglicherweise kommen auch Jugend- oder Stadtteilarbeit, Kleingewerbe oder andere Verwendungen in Frage, oder es ergeben sich Synergieeffekte durch eine gemeinsame Nutzung mehrerer Personen oder Gruppen. Auch Vertreter*innen aus dem Stadtteil, in dem 2015/16 ein Stadtteilentwicklungsprozess durchgeführt wurde, und Teilnehmende am Ideenwettbewerb aus dem Jahr 2017 sollen erneut eingeladen werden, wie es bereits im Jahr 2018 dem Gemeinderat zugesichert wurde (Vorlage 2018/0568). Auch neue Interessierte sollen durch intensive Öffentlichkeitsarbeit angesprochen werden.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

Der Prozess soll ergebnis-offen und ergebnis-orientiert moderiert werden. Es ist wünschenswert, dass Nutzer*innen sich an den Kosten oder der Sanierungsarbeit selbst beteiligen und es dadurch zu Einsparungen gegenüber einem kommerziell geplanten Vorgehen kommen kann.

Unterzeichnet von:
Michael Borner
Renate Rastätter
Aljoscha Löffler
Verena Anlauf
Christine Weber
Dr. Clemens Cremer
Mathilde Göttel
Karin Binder
Lukas Bimmerle
Friedemann Kalmbach
Jürgen Wenzel